

EL SALVADOR

WAHLBEOBACHTUNGS-DELEGATION 2009

Grundlagendokument

Dieses erste Info-Dokument will allen, die sich für die Wahlbeobachtung 2009 in El Salvador interessieren, einen Überblick über das Land geben. Vier Punkte werden beleuchtet: die Friedensabkommen von 1992 und ihre (Nicht-) Umsetzung, die sozioökonomische Nachkriegsentwicklung, die Wahlgeschichte ab 1992 und die aktuellen Perspektiven für die kommenden Wahlen 2009 sowie bekannte Mechanismen des Wahlbetrugs.

1932 kam es in El Salvador zu einem der schlimmsten Massaker an Indígenas in der ganzen Geschichte des Kontinents. Etwa 30'000 Menschen wurden innert weniger Tage im Westen des Landes von der Armee ermordet - Antwort auf einen Aufstand für Land, der auch von der jungen Kommunistischen Partei unter Führung von Farabundo Martí unterstützt worden war. Jahrzehnte einer fast ununterbrochenen Militärdiktatur folgten. In den 70er Jahren entstanden fünf linke Guerillagruppen, als Antwort auf Wahlbetrug und Repression. Zu Beginn des 1980er Jahren offen ausbrechenden Krieges schlossen sie sich zur Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí, FMLN, zusammen. Die US-Administration war nicht gewillt, ein zweites Nicaragua hinzunehmen, US-Präsident Ronald Reagan wollte in El Salvador „to draw the line“. Die US-Militärhilfe stieg bis zu \$700 Millionen im Jahr, was das winzige Land (21'000 km²) zum drittgrössten Empfänger der US-Aufrüstung machte. Offiziell sind bis zum Friedensabkommen etwa 75'000 Menschen dem Krieg und der Repression zum Opfer gefallen. Dennoch hatte sich der FMLN zur damals stärksten Guerillabewegung des Kontinentes entwickelt. Schon früh hatte die franko-mexikanische Anerkennung des FMLN als kriegsführende Partei die Türen für eine Verhandlungslösung geöffnet, doch die US-Administration von Reagan/Bush und die salvadorianische Diktatur sperrten sich systematisch dagegen. Es brauchte die grosse Guerilla-Offensive vom November 1989 mitten in der Hauptstadt, um die Einsicht reifen zu lassen, dass ein militärischer Sieg über die Guerilla praktisch unmöglich war. Nach zwei Jahren kam es unter Ägide der UNO anfangs 1992 zu einem Friedensabkommen.

I. Zur Umsetzung der Friedensabkommen von 1992

Das von der UNO zum Modell für Friedenslösungen in Bürgerkriegssituationen erklärte Abkommen sah im Kern die schrittweise Entwaffnung der Guerilla und ihre Umwandlung in eine politische Partei im Gegenzug zu einer Reihe von Reformen vor. Diese beinhalteten insbesondere folgende Punkte:

- drastische Restrukturierung und Verkleinerung der Streitkräfte und Beendigung ihrer Zuständigkeit für die Innere Sicherheit
- Schaffung einer neuen Zivilen Nationalpolizei (PNC, Policía Nacional Civil), paritätisch aus Beständen der Guerilla, der alten Polizei und von unabhängigen ZivilistInnen gebildet
- politische Reformen (Menschenrechtsombudsstelle, Wahlreformen, Organisationsfreiheit etc.)
- Ansätze zu einer Landreform und Schaffung eines tripartiten Konzertationsforums (Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften) zwecks Abstimmung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die UNO hat die Umsetzung der Friedensabkommen längst als im Wesentlichen abgeschlossen bezeichnet. Doch diese Bewertung entspringt politischen Interessen, nicht der Realität. Grundsätzlich ist nur die Guerilla mit ihrer binnen eines Jahres definitiv vollzogenen Demobilisierung ihren Verpflichtungen aus den Friedensabkommen nachgekommen. Nicht so die Regierung, die bis heute einzig die im engeren Sinne politischen Reformen einigermaßen abkommensgerecht umgesetzt hat. Dazu gehören die Reformen der Verfassung, des Wahlrechts, des Strafgesetzes, die Schaffung der staatlichen, aber regierungsunabhängigen Ombudsstelle für Menschenrechte (Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos, PPDH) und natürlich die Legalisierung des FMLN als politische Partei. Konkret bewirkten all diese Veränderungen eine Verringerung des politischen Autoritarismus, des generellen Angstklimas, eine Zunahme der Inanspruchnahme der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit.

Remilitarisierung, „soziale Säuberung“, Politmorde

Die Armee wurde auf 30'000 Mann halbiert. Ihre berüchtigten, von den USA ausgebildeten Eliteeinheiten und das paramilitärische Spitzelwesen wurden offiziell vollständig aufgelöst. Aufgrund der Berichte der im Friedensvertrag vorgesehenen Wahrheitskommission und der mit der Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen durch führende Armeekader beauftragten Ad-Hoc-Kommission musste die bisherige Militärführung Mitte 1993 zurücktreten. Allerdings rückten Feldoffiziere nach, die ebenfalls in die Greuelthaten der Streitkräfte involviert waren. Die 1993 veröffentlichten Ergebnisse der Wahrheitskommission waren für Armee- und Politführung des Landes niederschmetternd. Ein darauffolgendes totales Amnestiegesetz „neutralisierte“ die Schlussfolgerungen dieses Berichtes. Dieses ist bis heute in Kraft.

Eine neue, „professionelle“ Militärdoktrin sollte die Wiederholung der Verbrechen unmöglich machen; insbesondere würde die Armee nicht mehr mit der Wahrung der „inneren Sicherheit“ befasst sein. Doch schon 1993 rekurrierte der damalige Staatspräsident Alfredo Cristiani auf einen Notstandsparagraphen und setzte die Armee „befristet“ zum Schutz der Kaffeeernte gegen Raubüberfälle ein. Trotz Friedensabkommen gehören Aufgaben dieser Art längst zum Alltag der Streitkräfte.

Die militarisierten und total diskreditierten Polizeikräfte wurden aufgelöst und durch eine neue Zivile Nationalpolizei (Policia Nacional Civil, PNC) ersetzt. Faktisch blieb die oberste Führung in den gleichen Händen. Der zu Beginn hoffnungsvolle Aufbau der PNC ist gescheitert: die Polizei ist weiterhin ein Repressionsinstrument im Interesse der Regierungselite. Seit Jahren belegen Untersuchungen der Ombudsstelle für Menschenrechte oder der Menschenrechtsorganisation Tutela Legal der Erzdiözese die systematische Verwicklung von PNC-Strukturen in Todesschwadronen der ‚sozialen Säuberung‘. Opfer: SexarbeiterInnen, Homosexuelle, Strassenkinder, reale oder angebliche Mitglieder der Strassengangs (Maras). Kurz nach Kriegsende kam es nach der Ermordung mehrerer FMLN-Kadern und unter internationalem Druck zur Untersuchung von ‚kriminellen Todesschwadronen mit politischer Zielsetzung‘ durch den sogenannten *Grupo Conjunto*, dessen bemerkenswerte Ergebnisse aber in der Folge ignoriert wurden.

Der bekannte Anwalt David Morales von der Menschenrechtsorganisation FESPAD betonte nach der mutmasslich politisch inspirierten Ermordung eines studentischen FMLN-Aktivisten am 26. Juni 2008 und der Ermordung eines Angestellten der FMLN-Gemeindeverwaltung in der Vorortstadt Ilopango und seines Sohnes am 3. Juli 2008, „*dass in diesem Land ein Muster der Ermordung von politischen Oppositionellen und sozial-kommunalen AktivistInnen*“ unter dem Deckmantel der Strassenkriminalität existiert. „*Die Jahresberichte der Tutela Legal von der*

Erzdiözese zeigen uns, dass diese Tendenz der politischen Gewalt nach dem bewaffneten Konflikt nie verschwunden ist, dass sich solche Verbrechen Jahr für Jahr wiederholen, zusammen mit einem anderen Typus von Verbrechen, der mit dem Wahn der sozialen Säuberung zu tun hat“.

Im Juli letzten Jahres wurden in Polizeihelikoptern abtransportierte gefangene DemonstrantInnen gegen die Wasserprivatisierung damit bedroht, während des Fluges aus den offenen Türen herausgeworfen zu werden. Die 14 Gefangenen, darunter Mitglieder einer bekannten Basis-NGO und einer Gemeinderegierung des FMLN, wurden von der Regierung unter einem drakonischen, gerade erst auf Drängen der US-Botschaft verabschiedeten ‚Anti-Terrorismusgesetzes‘ angeklagt. Dies für die Teilnahme an einer Demo wohlverstanden, deren militantester Ausdruck in einer friedlichen Strassensperre bestand. Grossmobilisierungen und internationaler Druck erreichten nach einigen Wochen erst die Freilassung der Gefangenen und ein halbes Jahr später die Einstellung der völlig überrissenen Anklage. Bis zu 65 Jahre Gefängnis für Teilnahme an einer Demo für das Recht auf Wasser – das schien dann doch etwas gar wenig mit der Bekämpfung von Al Kaida zu tun zu haben. Doch die Entwicklung in diesem Fall führte zur Verabschiedung von weiteren StGB-Reformen, welche das Sonderrecht gegen die Organisierte Kriminalität (gemeint sind faktisch die Strassenbanden) ins normale Recht übernehmen und damit praktisch die letzten nach Kriegsende durchgeführten Reformen auf diesem Gebiet rückgängig machen.

Zusammenfassend muss man sagen, dass vielleicht nur die Jahre 92-93 eine Ahnung davon vermitteln konnten, was eine an Respekt der Menschenrechte orientierte Politik in einem Land wie in El Salvador bedeuten könnte. Die Armee war von der Strasse verschwunden, die Polizeikräfte betont rechtsstaatlich, ohne die sonst übliche Arroganz der Macht – ein flüchtiger Duft von Freiheit. Zu betonen ist die Rolle der USA im Bereich der neuen Sicherheitskräfte. Die in den Abkommen vorgesehene Entmilitarisierung unterlief das Pentagon ab 1993 mit seinen zusammen mit der salvadorianischen Armee durchgeführten „Manövern“, die angeblich der „medizinischen Versorgung“ der Landbevölkerung oder dem Schulbau dienen sollten. Von Anfang penetrierte so die „neue“ Armee das soziale Territorium. Die „humanitären“ Zielsetzungen sind längst ausgeweitet auf Bereiche wie Strassenbanden, Drogenhandel oder Migration. Heute gehören Armeepatrouillen, begleitet von einem Mitglied der Polizei, zum Standardinstrumentarium im sogenannten Krieg gegen die Maras (Strassenbanden). Was die Polizei betrifft, so kam die damalige UNO-Mission Onusal mehrmals in Clinch mit den USA. Denn die US-Polizeibehörden FBI und DEA hatten versucht, besonders berüchtigte Spezialeinheiten der alten Polizeikräfte in corpore in die PNC überzuführen.

II. Die sozioökonomische Nachkriegsentwicklung: „Globalisierung“ und Zerstörung

Die Regierung ignorierte die ohnehin beschränkten sozioökonomischen Teilabkommen der Friedensverträge. Nur einige direkt mit der Eingliederung der ehemaligen Guerillas ins Zivilleben zusammenhängende Massnahmen wurden umgesetzt. Das „Konzertierungsforum“ (tripartiter Sozialdialog) blieb eben so toter Buchstabe wie der Ansatz für eine allgemeine Landreform. Das Kriegsende ermöglichte den aus der Agrarbourgeoisie heraus entstandenen Finanz- und Handelskapitalgruppen, mit neuem Elan an die Umsetzung einer Politik à la Washington Consensus zu gehen.

Privatisierung

Kaum schwiegen die Waffen, ging es an die von IWF und Weltbank gesponserte Privatisierung der Finanzinstitute. Die während des Krieges „verstaatlichten“ Banken hatten den Eliten Grosskredite gegeben, welche diese routinemässig nicht zurückzahlten. Die Banken gerieten in eine Krise. Solcher „staatlichen Misswirtschaft“ sollte nun die Privatisierung beikommen, dergestalt nämlich, dass der Staat einigen der besagten Grosskreditnehmern neue Kredite zur Verfügung stellte, und zwar für den Erwerb der Banken. Gleichzeitig „erwarb“ er die ausstehenden Kredite, schrieb sie ab und zahlte dafür den neuen Privateigentümern (und alten Schuldnern) der Banken einen Zinssatz, der beträchtlich über jenem lag, den diese dem Staat für ihre Kredite für den Erwerb der Banken bezahlen mussten. Anders gesagt, die neuen Eigentümer – wie der damalige Staatspräsident Cristiani – zahlten real nicht einen Centavo für den Erwerb der Banken. Dieses Geschäftsmodell zeitigte nachhaltige Auswirkungen auf die Kreditpolitik der Banken: Produktive Kredite wurden jährlich spärlicher, insbesondere für die Landwirtschaft und die KMU, dafür wuchsen die Volumina von Konsum- und Importkrediten explosiv an. In den letzten 20 Jahren ging laut Angaben des AgrarproduzentInnenzusammenschlusses „Coordinadora Nacional Agropecuaria“ die Maisanbaufläche auf die Hälfte zurück.

Weitere lukrative Staatbereiche wie die Telekom, die Stromwirtschaft oder das Rentensystem wurden in den 90er Jahren privatisiert, bei vorgängiger Zerschlagung der jeweiligen Gewerkschaft. In einer zweiten Generation von Privatisierungen stehen Gesundheitssystem, Wasser, Erziehungswesen und Hafeninfrastruktur an – wobei es auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung zweimal zu anhaltenden Grossmobilisierungen gekommen ist, welche die entsprechenden Intentionen blockiert haben. Auch ein neues Wasser- (Privatisierungs-) Gesetz konnte bisher noch nicht durchgedrückt werden. Im Rahmen eines regionalen Erschliessungsplanes von Kolumbien bis Mexiko wurden ursprünglich als Wiederaufbauhilfe nach dem Wirbelsturm Mitch von 1998 gepriesene Massnahmen wie eine weitgehend private mesoamerikanische Stromgeneration (für den Export) oder handelsinfrastrukturelle Grossprojekte (Häfen, regionale Verbindungsstrassen) gefördert – auf Kosten einer lokal orientierten Wirtschaft.

Dollarisierung

Anfangs 2001 trat die ohne jegliche Diskussion von der rechten Parlamentsmehrheit durch gewunkene Dollarisierung in Kraft. Das Land vergab sich damit die Möglichkeit einer halbwegs souveränen Entwicklung und ist seither auf die US-Notenbank angewiesen, welche ihre Entscheide ohne Rücksicht auf salvadorianische Befindlichkeiten zu nehmen pflegt. Insbesondere ist El Salvador seither „externen Schocks“ wie der aktuellen Ölpreisspirale schutzlos ausgeliefert. Das Dollarisierungsgesetz erlaubte es den Banken weiter, ihre Mindestreserveeinlagen neu nicht mehr bei der „Zentralbank“, sondern direkt im Ausland anzulegen und sie können seit 2004 dank eines weiteren Dekretcoups 150% des Eigenkapitals offshore platzieren. Seit einigen Monaten ist nun auch noch, mitten in der Subprime-Krise, eine Bestimmung in Kraft, die es den jetzt ausländischen Instituten wie der Citigroup oder HSCB gehörenden Banken erlaubt, ihre Kredite poolmässig zu verbriefen...

Die Dollarisierung sollte offiziell die Kreditzinsen von rund 20 % auf ein international übliches Mass drücken. Real liegen die salvadorianischen Zinssätze nach wie vor weit über dem US-Niveau, was zur erwähnten Finanzabwürgung der Realökonomie beiträgt. Die höheren Zinsen haben natürlich mit der tieferen salvadorianischen Produktivität und damit auch Zahlungsfähigkeit der Schuldner zu tun. Die Dollarisierung bedeutet die totale Abhängigkeit des Landes vom Influx von US-Dollars und verteuert die salvadorianischen Exporte. Das Handelsdefizit vergrössert sich jährlich. In den ersten vier Monaten dieses Jahres stieg es um 20.5% auf \$1.689

Milliarden im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum, bei Exporten von \$1.5 Milliarden und Importen von 3.2 Milliarden (El Diario de Hoy, 28.5.08).

Verschuldung

Um die wachsende Handelsschere zu finanzieren, verschuldet die Regierung das Land stetig mehr. Die staatliche Nettoverschuldung betrug letztes Jahr laut Zentralbank BCR \$8.638 Milliarden (2005: \$7.7 Milliarden). Das BIP 2007 betrug im Vergleich \$20 Milliarden. Der letztjährige Schuldendienst lag bei fast \$800 Millionen, beinahe soviel wie die Ausgaben für Erziehung und Gesundheit zusammen. Im laufenden Jahr wird er \$1.2 Milliarden ausmachen, bei einem angestrebten Budget von \$3.3 Milliarden, und 2011 sogar \$2 Milliarden! Tatsächlich liegt die Staatsverschuldung noch einiges höher: Die Regierung gliedert etwa den sogenannten Rententreuhandfonds einfach aus ihrer Rechnung aus. Bis zu seiner Privatisierung funktionierte das ohnehin nur für die einen formellen Arbeitsplatz aufweisenden Arbeitskräfte konzipierte Rentensystem auf Umlagebasis. Die Zwangsübertritte der jüngeren Jahrgänge in die privaten Pensionskassen hebelten die bisherige Finanzbasis für die Bezahlung der Rentenansprüche aus; diese Aufgabe wurde nun ins ordentliche Budget integriert, schlägt da aber jährlich massiv wachsende Löcher, die mit Neuverschuldung gedeckt werden. Um damit verbundenen parlamentarischen Kontrollen durch die Opposition zu entgehen, schuf die Regierung letztes Jahr einen Treuhandfonds, der aus der Staatsrechnung ausgelagert ist und über Zwangsanleihen bei den Pensionskassen finanziert wird.. Dies hebelt die Verfassung aus, die für Verschuldung ein qualifiziertes Mehr im Parlament vorschreibt, die ohne FMLN nicht zu haben ist. Ähnliche aus der Staatsrechnung herausgemogelte „Treuhandfonds“ hat die Regierung letztes Jahr auch für Projekte im Sicherheitsbereich und im Erziehungswesen ins Leben gerufen.

Freihandel

Zwei Dynamiken treiben diese „missliche“ Lage voran: die „Globalisierung“ und eine extrem ungleiche Reichtumsverteilung. 1995 trat El Salvador der WTO bei. Damals noch mit den Stimmen der FMLN-Fraktion, die wähnte, internationale Transparenzstandards würden der grassierenden Korruption der nationalen Eliten Einhalt bieten. Natürlich ist der FMLN längst eines Besseren belehrt, die Episode zeigt aber, mit welcher enormen Schwierigkeiten der Übergang von einer Guerilla zu einer politischen Partei verbunden ist. Die damit begonnene Politik der Privatisierungen, Handelsliberalisierungen, Zollreduktionen und ähnliches wurde mit dem Freihandelsvertrag zwischen den USA und den zentralamerikanischen Ländern, CAFTA, nochmals massiv verschärft. In El Salvador ist CAFTA seit dem 1. März 2006 in Kraft. Seither ist der Export industrieller Güter zurückgegangen und hat sich nicht diversifiziert. Der Export landwirtschaftlicher Produkte ist gestiegen, stützt sich jedoch weiterhin auf die traditionellen Produkte Kaffee, Zucker, Fisch und Meeresfrüchte. Neu ist die Produktion von Früchten für den Export (USA und EU): Mango, Ananas, Melonen u.a.. Alle diese Bereiche sind kapitalintensiv und deshalb nur für Grossgrundbesitzer und Grosskapitalisten eine Option. Die Importe aus den USA betreffen v.a. die Bereiche der salvadorianischen mittleren und Kleinunternehmen und sie sind 16 -25% gestiegen; Mais, Reis, einzelne Fleischsorten und Milchprodukte. Trotz Anstieg der subventionierten US-Importen sind die Preise für Grundnahrungsmittel und Agrarproduktion nicht gesunken; ihre Teuerung fällt sogar höher als die offizielle Landesinflation (4.9%) aus. Der durchschnittliche Preisanstieg beträgt bei den Grundnahrungsmitteln 28.9%, bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln 25,6% (2007)!

Reformen wären finanzierbar

Noch krasser sieht es bei der Steuerpolitik aus, die extrem regressiv ausgerichtet ist. 68% der Steuereinnahmen stammen aus der Mehrwertsteuer (IVA), 16% aus der Lohnsteuer und die

restlichen 16% aus der Gewinnsteuer für Unternehmen. Die Gewinne der Unternehmen betragen im ersten Quartal 2007 nach Angaben der Zentralbank BCR über 60% des BIP!!! Die salvadorianische Fiskalquote liegt bei 13.8% (Angaben für 2006), der gewichtete lateinamerikanische Durchschnitt bei 20%. Die ARENA-Regierungen lehnen eine Steuererhöhung insbesondere bei Kapitalgruppen und Reichen strikt ab und greifen notfalls zum Mittel „versteckter“ Steuern. So beschloss die Regierung letzten Juni die Erhebung von 4 US-Cents auf jedem Anruf aus oder nach El Salvador, angeblich zwecks Finanzierung von Buspreissubventionierungen. Eine \$80-Millionen-Massnahme, die vor allem die Emigrierten und ihre Familien trifft. Doch nur schon bei Einhaltung der geltenden Steuergesetze sähe die Fiskalsituation anders aus. Finanzminister William Hándal ging im März 2006 von \$600 Millionen aus, welche die Unternehmen an Mehrwertsteuern (IVA) einziehen, aber nicht an den Staat weiterleiten. Im Oktober 2006 gab der damalige US-Botschafter Douglas Barclay eine Untersuchung bekannt, wonach 40% des IVA, 59% der Unternehmenssteuern und schicke 64% bei anderen Einnahmen wie Zöllen hinterzogen würden. Allein beim IVA machte das für 2006 \$833 Millionen aus, mehr als die gesamte Neuverschuldung dieses Jahres. Das ist enorm wichtig im Hinblick auf die Finanzierbarkeit von Sozialreformen, die der FMLN als Regierungspartei umsetzen will.

Migration, Überleben, *cambio*

Insgesamt haben wir das Bild einer systematischen Zerstörung dessen, was nationale Wirtschaft genannt werden könnte. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage des US-Botschafters Douglas Barclay zu situieren: „*Wir dachten, dass täglich 740 Personen aus El Salvador in die USA migrieren. Von diesen werden ungefähr 40 an der Grenze zu Texas festgenommen und nachhause geschickt. Aber wir wissen nicht, wo die anderen sind*“ (El Faro, 2.7.07). Mittlerweile geht die US-Botschaft wieder von etwas tieferen Zahlen aus, von etwa 500 pro Tag. Einer neuen Volkszählung zufolge leben in El Salvador 5.7 Millionen Menschen. Das salvadorianische Aussenministerium gab im November 2007 die Anzahl ausgewanderter SalvadorianerInnen weltweit mit 2.2 Millionen an, zuvor hatte es mit der Zahl von 2.9 Millionen operiert (El Diario de Hoy, 10.11.07). 2005 rechnete das Ministerium auf seiner Homepage mit 3.2 Millionen Emigrierten, 2.8 Millionen davon in den USA. 2007 nun reduzierte das Ministerium die Zahl der SalvadorianerInnen in den USA auf 1.8 Millionen. (Die Neueinschätzung wird mit Verweis auf die US-Volkszählung von 2000 und neue statistische Erhebungsmodelle begründet.) So oder so stellen die Rimessen (Heimüberweisungen der Emigrierten) seit den 90er Jahren die jährlich wachsende Haupteinnahmequelle an Devisen dar, vor allen Güterexporten. Laut BCR betragen die Rimessen letztes Jahr über \$3.6 Milliarden. Für die die ersten fünf Monate dieses Jahres sollen sie gegenüber dem Vorjahr um 6% gewachsen sein (El Diario de Hoy, 13.6.08), deutlich unter den zweistelligen Zuwachsraten bis und mit 2006. Das hat mit der zunehmenden Staatshetze auf MigrantInnen in den USA, der brutalen Situation an den Grenzen mit den USA, vor allem aber auch von Guatemala und Mexiko, und natürlich mit der Wirtschaftskrise in den USA zu tun, denn etwa ein Viertel aller salvadorianischer Migranten war auf dem Bau beschäftigt. Dass der BCR für dieses Jahr praktisch mit der gleichen Zuwachsrate wie für das Jahr 2007 aufwartet, überrascht. Mexiko meldet sinkende Rimessen und in El Salvador trifft man vermehrt die Haltung an, dass Emigration keine praktische Lösung mehr darstelle. Das ist enorm dramatisch: Je nach Quelle hängen 25% bis 70% aller Haushalte für die Deckung der Grundbedürfnisse von den Überweisungen ihrer Angehörigen ab. Der erhoffte *cambio*, die Besserung der Lebensbedingungen, nicht mehr automatisch mit Emigration assoziiert, gerät zwangsläufig die Veränderung der Bedingungen im Land ins Blickfeld.